



# «Fast alle Steuerzahlenden würden getroffen»

*Breiter parteipolitischer Schulterschluss gegen die SP-Steuerinitiative*

Eine bürgerlich-grünliberale Allianz kämpft vereint gegen die SP-Steuerinitiative. Der Aufbruch zur «Expedition Steuerhölle» müsse unbedingt verhindert werden.

rz. *Bern* · Es ist selten geworden, dass die bürgerlichen Bundesratsparteien Schulter an Schulter einen eidgenössischen Abstimmungskampf bestreiten. Das widerspiegelt die Situation in den eidgenössischen Räten, wo die politischen Differenzen seit längerem höher

Eidgenössische Abstimmung vom 28. November  
**SP-Steuerinitiative**

gewichtet werden als der gemeinsame bürgerliche Nenner.

Im Abstimmungskampf um die SP-Steuerinitiative sitzen SVP, FDP und CVP wieder einmal im gleichen Boot. Mehr noch: Auch die von der SVP bei jeder Gelegenheit gepiesackte BDP rudert mit. Hinzu kommen die Grünliberalen. Exponenten aller fünf genannten Parteien stemmen sich gemeinsam gegen die SP-Steuerinitiative. In diesem Fall werden die Nachteile und Risiken, die ein Ja des Stimmvolks am 28. November mit sich brächte, als zu hoch beurteilt. Das veranschaulichte an der Medienkonferenz des Komitees «Steuerinitiative Nein» die freisinnig-liberale Genfer Nationalrätin Martine Brunschwig Graf: Eine Zustimmung zur Initiative wäre fatal, weil der von der SP angepeilte Weg direkt in die «Steuerhölle» führen würde.

**Kein «race to the bottom»**

Grosses Gewicht legen die Gegner der SP-Initiative auf die Souveränität der Kantone in Steuerfragen. Der Walliser Finanzdirektor Maurice Tornay (cvp.) erinnerte daran, dass die Autonomie der Kantone untrennbar mit Verantwortung verknüpft sei. Es gehe nicht an, hier Abstriche zu machen – zumal die Volksinitiative ein gefährliches Startzeichen für eine umfassende materielle Steuerharmonisierung darstelle.

Der Urner Ständerat Markus Stadler, der sich den Grünliberalen angeschlossen hat, widersetzte sich der Behauptung der SP, wonach der von den Kantonen praktizierte Steuerwettbewerb missbräuchlich und ein «race to the bottom» sei. Der Wettbewerb finde weder rechtlich noch faktisch im luftleeren Raum statt; er sei eingebunden in ein grösseres Ganzes, das sich gegenseitig bedinge und ergänze. Mit dem Hinweis, dass die föderalistische Ausgestaltung des schweizerischen Steuersystems nicht unterspült werden dürfe, steht das Komitee im Einklang mit der Konferenz der Kantonsregierungen, die ebenfalls klar Nein sagt zur Initiative.

Zweitens fokussiert das gegnerische Komitee auf die Risiken, denen der Mittelstand bei Annahme des Volksbegehrens ausgesetzt wäre. Der Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann betonte, die Initiative werde nicht nur die wenigen Grossverdiener mit einem Jahreseinkommen ab 250 000 Franken treffen. Auch der Mittelstand würde hart getroffen. Denn es sei faktisch nicht möglich, bei einem bestimmten Einkommen einen Tarifsprung einzubauen. Vielmehr müsste in zahlreichen Kantonen die Kurve der Steuerprogression so weit angehoben werden, bis sie beim ge-

nannten Einkommen den von den Initianten geforderten Grenzsteuersatz von 22 Prozent erreicht habe. Maliziös fügte Germann an, ein Zyniker könnte hier tatsächlich von «Steuergerechtigkeit» sprechen – weil es nämlich «fast alle Steuerzahlenden treffen» würde.

Drittens ist die bürgerliche Allianz bestrebt, vor den möglichen Konsequenzen für die Wirtschaft zu warnen. Der Glarner BDP-Nationalrat Martin

Landolt wies darauf hin, dass der Standort Schweiz punkto Wettbewerbsfähigkeit zur absoluten Weltspitze zähle; mit einem Ja zur SP-Steuerinitiative würde ein wichtiger Wettbewerbsfaktor eliminiert und damit die Standortattraktivität nachhaltig geschwächt. Die Gefahr, dass die Ansiedlung neuer Unternehmen erschwert würde und dass Firmen abwanderten, sei real. Die damit einhergehenden Steuerausfälle müssten kompensiert werden – womit wiederum primär der Mittelstand bluten müsste.

## Die Abzocker abzocken?

Die SP ist bestrebt, in ihrer Kampagne «Superreiche» und «Abzocker» aufs Korn zu nehmen. Kantonsautonomie, Mittelstand und Standortattraktivität sollen als nebensächlich taxiert werden. Martin Landolt gab hierzu Gegensteuer, indem er fragte: «Wie soll die Schweiz mit wohlhabenden Personen umgehen, die einen substanziellen Teil des Steueraufkommens bestreiten? Soll ihnen gegenüber wohlwollend begegnet werden?» Oder, so Landolt: «Wollen wir sie – wie dies die SP tut – gebetsmühlenartig und pauschal als Abzocker beschimpfen und sie gleichzeitig mit möglichst hohen Steuern vergraulen?»

*Weiterer Artikel Seite 25*